

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 135 A

BERLIN • Sonnabend, den 11. Juni 1932

1. JAHRGANG

# Links müßt Ihr steuern!

## Die Arbeiterschaft noch immer desorganisiert. Von Gayl, der Reaktionär mit Humor und Würde.

### Liquidation des Krieges.

Von Grete Hermann.

Die Umstände, unter denen in wenigen Tagen in Lausanne die Reparationsbesprechungen beginnen, sind denkbar ungünstig; die Hoffnung, etwas entscheidendes zu erreichen, ist in fast allen Kreisen bis auf ein Minimum gesunken. Nach den jüngsten Meldungen scheint man allerdings in englischen Regierungskreisen wieder einen kleinen Lichtschimmer zu sehen.

Einer der bedenklichsten Schläge, die die Vorbereitungen zur Reparationskonferenz erhalten haben, ist das unterschiedene „Nein“, das die Amerikaner allen Versuchen entgegenzusetzen, sie — wenn auch nur zu einem Teil der Aussprache — hinzuzuziehen. Das Äquivalent, das sie bieten, die Anregung der Londoner Weltwirtschaftskonferenz, öffnet zwar die Möglichkeit zu der außerordentlich dringlichen internationalen Behandlung von Zoll-, Preis- und Währungsfragen, sabotiert aber faktisch die Lausanner Konferenz, die bei der Verflechtung der Reparationsfragen mit den Fragen der Weltwirtschaft, vor allem mit den Fragen der Schulden europäischer Staaten an die USA, den mit den Reparationsverpflichtungen verbundenen Komplex von Konflikten nun nicht vollständig bearbeiten kann.

Weit stärker aber als durch diese Beschränkung des zu behandelnden Fragenkomplexes ist die Lausanner Konferenz von einer anderen Seite her bedroht.

„Die Nachrichten aus Deutschland versetzen den Hoffnungen auf die Aussichten der Lausanner Konferenz und der geplanten Londoner Weltpreiskonferenz einen schweren Schlag. Eine grundsätzliche Vorbedingung für den Erfolg dieser internationalen Aussprachen ist die gegenseitige Achtung der betreffenden Regierungen und ihr Ansehen als Vertreter ernst zu nehmender und verantwortlicher politischer Institutionen. Es ist ganz ausgeschlossen, daß Herr von PAPENs Kabinett das Vertrauen Europas gewinnen wird. Deutschland hat das Recht, sich seine eigene Form der Regierung auszusuchen, aber die Vernunft empört sich gegen die Vorstellung, daß das jetzt vorgestellte Kollegium, geführt durch Herrn von PAPEN, wirklich das deutsche Volk repräsentieren sollte.“

So schrieb am Montag nach der deutschen Regierungserklärung und der Reichstagsauflösung der „Daily Herald“, die Zeitung der englischen Arbeiterpartei.

Daß man sich in Frankreich von einer Vertretung Deutschlands durch seine neue Regierung nichts mehr verspricht, liegt auf der Hand. So ist es verständlich, daß HERRIOT den dringenden Wunsch geäußert hat, vor dem Zusammentreffen mit der deutschen Delegation in Paris unter vier Augen mit MACDONALD zu sprechen, und daß MACDONALD diesem Wunsch durch seinen Wochenendbesuch in Paris nachkommt.

Auch die deutsche Delegation sucht anscheinend die englische Vermittlung. Die Meldung von einer im englischen Außenministerium überreichten deutschen Denkschrift zur Reparationsfrage ist zwar dementiert worden; aber der deutsche Außenminister VON NEURATH hat bei seinen Londoner Abschiedsbesuchen Gelegenheit gesucht und gefunden, sowohl mit MACDONALD als auch mit dem englischen Außenminister Sir JOHN SIMON ausführlich über die Reparationsfragen und Lausanne zu sprechen.

Zu der Erschwerung der Lausanner Aussprachen, die in der Zusammensetzung der deutschen Delegation liegt, kommt damit die alte Gefahr, daß die zur Bereinigung der internationalen Beziehungen notwendige deutsch-französische Verständigung durch das Dazwischentreten des englischen Mittelsmannes wieder verschleppt wird.

Angesichts dieser Lage ist der Spielraum der Lösungen, die für die Lausanner Verhandlungen ernsthaft noch in Frage kommen, sehr gering. Er ist jedenfalls so gering, daß wir als Sozialisten uns die Frage zu stellen

### Nationalsozialistische Amnestie.

W-er. Die „Rote Fahne“ schreibt unter klobigen Ueberschriften „Amnestie für politische Straftaten“:

Beschlossen worden ist eine Amnestie aller Straftaten aus politischen Beweggründen. Sozialdemokratie und Zentrum, die eine Amnestie am liebsten verhindert hätten, haben alle ordentlichen Anstrengungen gemacht, weitgehende Ausnahmen zu beantragen. Sie sind sämtlich abgelehnt worden. Ausgenommen sind nur (1) Brandstiftung, Eisenbahn-, Transportgefährdung und der Landesverrat. Schwebende Verfahren werden eingestellt.“

Das heißt also, wie die „Rote Fahne“ selber sagt: „Führt die Regierung diesen Beschluß durch, dann kommen die politischen Gefangenen sofort frei.“

Die politischen Gefangenen! LENIN hat sich während eines Menschenalters bemüht, seinen kommunistischen Genossen die Weisheit in die Schädel zu schlagen, daß eine solche Ausdrucksweise politisch geradezu idiotisch — weil irreführend — ist. Was heißt hier: die politischen Gefangenen? Das heißt zunächst: politische Gefangene nicht etwa nur von kommunistischer, sondern auch von nationalsozialistischer Art.

Daß die nationalsozialistischen Totschläger jetzt freigelassen werden, ist aber zweifellos eine größere Gefahr für die Arbeiterschaft als der Erfolg, daß die kommunistischen Genossen aus den Gefängnissen befreit werden.

Wahrscheinlich sind es bei der heutigen Rechtsprechung der Zahl nach mehr Kommunisten als Nationalsozialisten, die wegen politischer Straftaten im Gefängnis sitzen. Trotzdem aber muß man sich daran erinnern, daß die Raufbolde der nationalsozialistischen Bewegung (die nicht von Ideen geleitet wird, sondern allergünstigstenfalls von unklarem Romantizismus und strotzender Unbildung) durch diese Amnestie selbstverständlich geradezu ermuntert werden, daß, was sie politischen Kampf nennen und was in Wirklichkeit Arbeiter-Mord ist, weiterzuführen.

### AUS DEM INHALT:

SA auf dem Kriegspfad.

Wo ist der Hauptfeind?

Der Büttel der Kirche: Klagges und Pg.  
Bekam Hitler Geld von Schneider-Creuzot?  
Behörden-Wirrwarr bei Osthilfe und Siedlung.

Heute beginnt:

Der Kaiser ging — die Generale blieben

Von Theodor Plivier.

Dazu kommt, daß häufig ein Vergehen den kommunistischen Genossen als ehrenrühriges Verbrechen ausgelegt und entsprechend bestraft wird, das, in derselben Weise von Nationalsozialisten begangen, als politisches Vergehen gewertet wird. Bei der Amnestie werden also höchstwahrscheinlich die Nazis besser wegkommen als die Kommunisten.

Schließlich — und das ist das empörendste — gilt bei dieser Amnestie noch die Ausnahme, daß der „Landesverrat“ nicht darunter fällt. Das, was „Landesverrat“ ist, war immer umstritten. In der Regel ist es das, was der herrschenden Macht politisch unangenehm ist und was man auf andere „legale“ Weise nicht „erledigen“ kann.

Bürgerlichen Richtern zu bescheinigen, daß ihre Landesverratsrechtsprechung in Ordnung sei, darf eine proletarische Fraktion einfach nicht. Sie muß auf eine andere Weise versuchen, ihre Genossen aus den Gefängnissen herauszubekommen. Besser als der Kuhhandel mit den Klassenfeinden kann ihr dabei helfen die Einigkeit der Klassengenossen.

## Ein Minister verrät seine „Einstellung“.

Herr von Gayl im Reichsrat.

In der Donnerstag-Sitzung des Reichsrats nahm der deutsche Innenminister, Herr von GAYL, das Wort, um in einer langen Rede zu verraten, was alle, die sehen können, wissen: daß das PAPEN-Kabinett eine Gefahr ist für den Frieden innerhalb und außerhalb Deutschlands. Wir können hier Herrn von GAYL für sich selber sprechen lassen — freilich nur gekürzt:

„Die langjährige Zugehörigkeit zum Reichsrat hat mir den Mut gestärkt, in schwerster Zeit das dornenvolle Amt des Reichsinnenministers zu übernehmen. Sie, alle meine Herren, wissen, daß mich nicht Ehrgeiz und Machtgier zur Übernahme dieses Postens getrieben haben, sondern einzig und allein das Gefühl der Pflicht, in dieser Notzeit dem Rufe des allverehrten Herrn Reichspräsidenten zu folgen. (War eigentlich ein Mangel an Innenministern vorhanden?)“

haben, welche Bedeutung es für uns hat, ob das bevorstehende Moratorium etwas mehr oder etwas weniger großzügig abgeschlossen wird, ob die Lausanner Beschlüsse etwas mehr oder etwas weniger gute Anknüpfungspunkte für die dann folgenden Verhandlungen mit den USA bieten. Sollen wir, bei den Anspannungen, die der bevorstehende Wahlkampf von den deutschen Sozialisten fordert, überhaupt Zeit und Aufmerksamkeit auf die Vorgänge in Lausanne verwenden? Wenn ja, unter welchem Gesichtspunkt?

Ich habe erkannt, daß die stärksten Kräfte unseres Volkes in dem Heimatboden und der Liebe zur angestammten Heimat wurzeln, daß die Eigenart der deutschen Stämme etwas Heiliges ist. ... Für Preußen erwarten wir besonders das rasche Zustandekommen einer verfassungsmäßigen Regierung, von der wir hoffen, daß sie in den großen Fragen der Nation mit der Reichsregierung übereinstimmen und in lebendiger Fühlung mit uns arbeiten wird. (Auf welche Weise ist eigentlich die preussische Regierung gebildet worden? Jedenfalls verfassungsmäßiger als Herr von GAYL seinen Posten erhalten hat!) ... Das Gleiche gilt von der Verfassungsreform. Die Weimarer Verfassung, die Grundlage unseres öffentlichen Lebens, deren Hüter ich als Reichsinnenminister pflichtgemäß (!) bin, ist seit ihrem Bestehen vielfach durch die Gesetzgebung durchlöchert und nach unbestrittener Ansicht weitester Kreise aller politischen Richtungen reformbedürftig. (Fortsetzung auf der 3. Seite.)

Die Reparationsfragen bilden einen entscheidenden Stützpunkt für den deutschen Nationalismus, vom Standpunkt des Sozialismus aus den gefährlichsten, den er überhaupt hat; denn von hier aus dringt er in die Arbeiterschaft am sichersten ein. Hinter dem Schlagwort von der „nationalen Befreiung“ und dem Unrecht, das „uns“ durch die Reparationsforderungen und die übrigen Bestimmungen des Versailler Vertrages angetan sei, schwenken Arbeiter scharfweise in die Reihen der Nationalisten ein, hinter

denen sich die Fronten für künftige imperialistische Kriege bereits zusammenschließen.

In dieser Hinsicht kann auch Lausanne ein verhängnisvolles Propagandamittel werden — gerade bei der voraussetzenden Geringfügigkeit seiner Verhandlungsergebnisse. Dieser Gefahr haben wir entgegenzutreten, indem wir als Sozialisten die Forderungen anmelden, die vom Standpunkt des Rechts aus zu den Reparationsverhandlungen zu stellen sind.

\*

Die Frage der Reparationen ist eine Frage der Liquidation des Weltkrieges, der von den Staaten beider kriegsführender Gruppen um imperialistische Ziele willen unternommen worden ist. Die Regierungen, die diesen Krieg erklärten und führten, die Völker, die sich — mit nur verschwindend geringen Ausnahmen — in nationalistischem Taumel auf die Schlachtfelder führen ließen, sie alle haben damit auf eine rechtliche Entscheidung der schwebenden internationalen Streitfragen verzichtet. An die Stelle des Rechts trat der Zufall, auf welcher Seite die weitertragenden Geschütze, die giftigeren Gase, die rücksichtsloseren und klügeren Feldherren und vor allem die größeren Vorräte an Geld, Lebensmitteln und Menschenmaterial standen.

Der imperialistische Abschluß eines imperialistischen Krieges ist naturgemäß der, daß der Besitzer der stärkeren Kanonen und der größeren Reserven in den abschließenden Verhandlungen das Übergewicht hat und den Friedensvertrag seinen Interessen anpaßt. So war es in Versailles, und so wäre es auch gewesen, wenn das Kräfteverhältnis im Weltkrieg umgekehrt gelegen hätte — wie durch den Vertrag von Brest-Litowsk sogar urkundlich erwiesen worden ist.

Daß ein solcher Vertrag den Anforderungen des Rechts nicht entspricht, das eine gerechte Abwägung aller kollidierenden Interessen verlangt, unabhängig von der Macht, mit der sie vertreten werden, das ist offenkundig. Sich über das „Unrecht“ der hier getroffenen Entscheidung zu beschweren, steht aber nicht dem zu, der durch seine Beteiligung am imperialistischen Krieg selber die Entscheidung der schwebenden Streitfragen dem Zufall der größeren Gewalt ausgesetzt hat. Er hat eben damit eingewilligt, im Fall der Niederlage die Forderungen des überlegenen Gegners anzunehmen. Und es zeugt nur von schäbiger Gesinnung, wenn man dem siegreichen Partner im Ton der moralischen Entrüstung vorhält, daß man selber, als vor 50 Jahren die Machtverhältnisse umgekehrt lagen, den eigenen Vorsprung weniger ausgenutzt habe, als er es jetzt zu tun beabsichtige.

Für den Rechtskämpfer ist die Sache damit natürlich nicht erledigt. Denn sein Kampf geht dahin, in den Beziehungen der Menschen untereinander, und darum auch in den internationalen Beziehungen der Staaten zueinander, den Zufall der rohen Gewalt zu brechen und ihn durch die Herrschaft des Rechts zu ersetzen. Dieses Ziel ist mit dem Friedensschluß zwischen imperialistischen Staaten nicht erreicht; darüber geben wir uns keinen Illusionen hin. Und doch bietet ein derartiger Vertrag, mag sein Inhalt vom Maß der Gleichheit so weit abweichen, wie er will, einen unerläßlichen Ansatz für die Erreichung dieses Ziels: Der jeden vernünftigen Verkehr untergrabende Massenmord hat aufgehört; statt auf Handgranaten und Giftgaswolken beruhen die Beziehungen der Menschen wieder auf Verhandlungen und Verträgen. Die erste formale Vorbedingung, ohne die ein rechtlicher Verkehr unter Menschen überhaupt unmöglich ist, ist wieder gesichert: Man spricht miteinander und regelt die gegenseitigen Beziehungen durch Verabredungen, an die man sich, jedenfalls zunächst einmal, hält.

Sollen die internationalen Beziehungen der Völker dem Ideal des rechtlichen Verkehrs nähergebracht werden, so gilt es, zunächst einmal den ersten Schritt zu sichern und dafür einzutreten, daß die angeknüpften Verhandlungen nicht von neuem im Wüten eines imperialistischen Krieges untergehen. Nur wenn eine solche neue Entfesselung der rohen Gewalt vermieden wird, besteht die Möglichkeit, an einer rechtlichen Regelung der auftretenden Konflikte zu arbeiten.

Damit ist die Bedeutung, die die Lausanner Tagung für uns als Sozialisten und Rechtskämpfer hat, festgelegt, und ebenso die Parolen, die unsere Haltung zu den kommenden Verhandlungen bestimmen.

**Fort mit dem irrsinnigen Geschwätz von der „Tributpolitik“, vom „Versailler Diktat“, von der die Ehre des deutschen Volkes angeblich untergrabenden „Erfüllungspolitik“!**

Wer in Deutschland mit diesem Wortschatz arbeitet, beweist schon dadurch, daß er noch in dem nationalistischen Phrasenwald des Weltkrieges lebt und von den Anforderungen des Rechts, die ihrem Wesen nach international sind, nichts begriffen hat.

**Genossen, arbeitet daran, daß aus den Gesprächen und der Presse von Sozialisten die nationalistische Hetze verbannt wird, daß an ihre Stelle die Forderung nach internationaler Zusammenarbeit aller Rechtskämpfer tritt!**

## Aussichten für Lausanne.

### Vor den englisch-französischen Besprechungen.

Die bevorstehende Zusammenkunft zwischen HERRIOT und MACDONALD wird in der englischen und in der französischen Presse eifrig besprochen und, vor allem in französischen Kreisen, lebhaft begrüßt. Angesichts der wiederholten Weigerung amerikanischer Staatsmänner, neue Verhandlungen über die Streichung der Kriegsschulden aufzunehmen — erst kürzlich hat der amerikanische Staatssekretär STIMSON dem englischen Botschafter gegenüber diese Weigerung ausgesprochen — ist die französische Regierung um so stärker daran interessiert, vor Lausanne eine Verständigung mit der englischen Delegation zu erreichen und zu verhindern, daß sich über den Kopf Frankreichs hinweg eine englisch-deutsche Front bilde.

Die französische Rechtspresse stellt begreiflicher Weise die Forderung nach einer Koppelung der Reparationen und Kriegsschulden in den Vordergrund und sieht infolgedessen bei der ablehnenden Haltung Amerikas für Lausanne nur die Möglichkeit eines Moratoriums. In englischen Kreisen ist man daran interessiert, daß die Verhandlungen weiter führen. In London spricht man davon, England werde, wenn Frankreich die völlige Streichung der Reparationen in Erwägung ziehe, auf Deutschland einwirken, daß es den französischen Abrüstungsforderungen entgegenkomme, oder man werde Frankreich ein gemeinsames Vorgehen der europäischen Staaten gegen Amerika anbieten.

Die französische radikalsozialistische Presse bucht den Besuch MACDONALDS als einen Erfolg für Frankreich, der sowohl der gemäßigten Sprache der HERRIOTSchen Regierungserklärung wie der innerpolitischen Entwicklung Deutschlands zuzuschreiben sei. DALADIER, der französische Minister für öffentliche Arbeiten, äußert in der Zeitung „Republique“, dem Organ des linken Flügels der Radikalsozialisten, die Ansicht, Frankreich solle in den bevorstehenden Konferenzen Deutschland so weit wie möglich entgegenkommen. Ueber dem Militarismus, der augenblicklich Herr in

Es hat keinen Sinn, der deutschen Delegation, die ein PAPEN leitet, auf ihren Weg nach Lausanne Ermahnungen mitzugeben. Der Forderung, die internationale Atmosphäre durch sachliche Verhandlungen zu bereinigen, statt durch Auftrumpfen und einseitige Ablehnung der geschlossenen Verträge einen neuen imperialistischen Wutausbruch vorzubereiten, bringen die französischen Politiker heute mehr Verständnis entgegen als die führenden Männer in Deutschland. HERRIOT hat, bei allem Festhalten an der „Heiligkeit der Verträge“, in seiner Regierungserklärung gesagt, daß er bereit sei, jede Initiative zu ergreifen, die durch einen Ausgleich der Pflichten zur aufrichtigen Versöhnung führen könne. Die Arbeit, die wir in Deutschland im Hinblick auf Lausanne in erster Linie unternehmen können und sollen, ist der Angriff auf den Nationalismus im eigenen Land und also auf die Regierung PAPEN, sowie die internationale Verständigung mit den Sozialisten anderer Länder, vor allem mit denen Frankreichs. Durch diese Arbeit wird verhindert, daß Sozialisten sich wieder einmal wie 1914 für imperialistische Zwecke mißbrauchen lassen.

Deutschland sei, dürfe man das Elend des deutschen Volkes nicht vergessen. Um den Krieg ein für allemal auszuschalten, solle man der Unfähigkeit Deutschlands, Reparationszahlungen zu leisten, Rechnung tragen und seine Forderungen hinsichtlich der Korridor- und der Kolonialfragen ernst nehmen. Bei der bevorstehenden englisch-französischen Aussprache handle es sich nicht um eine Wiederherstellung der alten „Entente cordiale“, sondern lediglich um einen gegenseitigen Gedankenaustausch, wie er durch die gegenwärtige Lage dringend notwendig gemacht worden sei.

### Tardieu neue Fraktion.

TARDIEU ist am Donnerstagabend aus der bisher von ihm geführten Gruppe der Linksrepublikaner ausgetreten. Mit ihm sind diejenigen Mitglieder ausgeschieden, die am Dienstag auf Grund seiner Parole gegen HERRIOT gestimmt haben. Diese Abspaltung ist offensichtlich auf die schroffe Haltung TARDIEUS gegen die französische Regierungserklärung zurückzuführen. Die neue Gruppe umfaßt zunächst 32 Abgeordnete, die sich zu einer neuen Fraktion zusammenschlossen und der Öffentlichkeit die folgende Mitteilung übergaben:

„Eine Anzahl Abgeordneter, die den Wunsch haben, in Fragen der allgemeinen Politik und teilweise auch der äußeren Politik bei der Abstimmung die strengste Disziplin durchzuführen, sind unter dem Vorsitz des ehemaligen Ministerpräsidenten TARDIEU zusammengetreten und haben eine neue Gruppe gebildet, die schon heute über 30 Mitglieder zählt. Diese Gruppe führt den Titel, Republikanisches Zentrum, soziale, kommerzielle und Bauernaktion.“

Die neue Gruppe, der unter anderem die Abgeordneten REYNAUD, ROLLIN und FABRY angehören, soll nach einigen Pressemeldungen bereits auf 44 Mitglieder angewachsen sein.

### Kanonen werden spazieren gefahren.

Vom 11. bis zum 17. Juni, also gerade zur Zeit der Vorbesprechungen zur Lausanner Konferenz und ihrer Eröffnung, findet ein Besuch deutscher Kriegsschiffe in Stockholm statt, an dem ein Kreuzer und fünf Torpedoboote mit insgesamt über 1000 Mann Besatzung und etwa 70 Geschütz- und Torpedorohren teilnahmen.

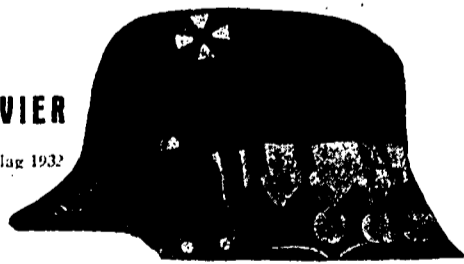
Für eine Konferenz, auf der die Grundlagen der friedlichen Beziehungen der Völker zu einander geregelt werden sollen, ist dieses Spazierenfahren der Kriegsinstrumente gewiß die geeignetste Vorbereitung.

### Herriot und die Donauföderation.

Ministerpräsident HERRIOT hatte am Mittwochabend eine längere Aussprache mit dem Finanzminister GERMAIN-MARTIN über den Bericht des Sachverständigenausschusses, der bis vor kurzem in Paris tagte und sich vornehmlich mit der Finanzkrise in Oesterreich befaßte. Entschlüsse wurden nicht gefaßt, da die Stellungnahme Englands noch aussteht. In amtlichen französischen Kreisen wird die Absicht geäußert, demnächst den TARDIEUSchen Plan einer Donauföderation wieder aufzugreifen und ihn in erweiterter Form noch einmal den europäischen Großmächten vorzulegen. Man will vor allem Bulgarien und Griechenland in diesen Plan einbeziehen, um auch ihren Bedürfnissen gerecht zu werden.

THEODOR PLIVIER

Copyright by Malik-Verlag 1932



## Der Kaiser ging — die Generale blieben

Die Macht.

Es kommt näher.

Er wagt seinen Kopf nicht über den Trichterrand zu heben, aber er fühlt es kommen. Er hört es in die Erdlöcher hinein gurgeln, wieder aufschaukeln und sich über die Stücke ebenen Geländes vorwärts schieben.

Schnellfeuergeschütze!

Maschinengewehre!

Und dazwischen deutlich diese schwerfällige holpernde Bewegung und die dumpf aufdröhnende Erde — Tanks. Ein Geschwader anführender Tanks, einer muß ganz nahe sein. Wird er sich vorbeischieben, und wenn er sich vorbeischiebt ...

Was dann, was kommt dann?

Vorgehen, Angreifen, Zurückgehen — das wird in Gruppen, in Zügen, in Kompagnien ausgeführt. Sterben muß jeder für sich allein. Da liegt der Schütze „Zwei“ der Maschinengewehrbedienung. Der Uniformrock aufgerissen, das Hemd darunter ist grau und vertragen. Nacken und Hinterkopf sind in die Erde hineingewühlt. Und der Mund ist offen, die Zähne sind freigelegt. Die Bartstoppeln werden weiter wachsen, auch die Fingernägel, eine Weile noch. Der Mund — wo hat er solchen Mund und so von den Lippen bloßgelegte Zähne schon einmal gesehen? Ja, das ist es, bei Trude, damals, als sie einen Sohn ... wie bei einer gebärenden Frau!

Doch der aufgerissene Soldatenmund zittert nicht mehr. Die auseinander gespreizten Beine sind ohne Bewegung.

Schütze „Zwei“ ist tot, auch Nummer „Drei“ ist tot, — Karl und der Hamburger. Karl war fest davon überzeugt, daß jetzt der Friede kommt: „Das habe ich in den Knochen stecken, der Dreck geht zu Ende! Mensch, Max — wenn wir erst mal wieder in Berlin sind!“ Und der Hamburger schöpfte Wasser zum Kühlen des heißgeschossenen Maschinengewehrmantels. Jetzt liegt er mit dem Kopf in der Wasserlache, die Konservendose hält er noch in der Hand. Das Maschinengewehr steht verlassen am Trichterrand. Das Grasbüschel daneben sieht unwahrscheinlich groß aus.

Wenn er den Tank sehen könnte, wenn er nur einmal, wenn er ganz vorsichtig ... bei Gott, da sind fünf, acht in einer Reihe, und anschließend ein zweites, ein drittes Geschwader, — mehr Tanks als Köpfe im Trichtergelände verstreut liegen. Und am Horizont heben sich Staffeln dunkler Flugzeuge über die Erde und steigen drohend in den Himmel.

Die Menge anrollenden Materials ist zu viel. Der Mann sackt auf die Knie nieder. In irrsinniger Hast reißt er zwei Spaten voll Erde aus der Trichterwand heraus und steckt seinen Kopf in das Loch hinein.

Ein an die Wand geklebter Haufen, so wartet er. 300 000 Mann frischer Truppen landen die Amerikaner monatlich an der französischen Küste, täglich 10 000 ausgeruhte Soldaten. Und Tanks, Flugzeuge, Kriegsmaterial. Die Deutschen liegen schon vier Jahre in den Stellungen, die sechs Millionen, die hinausgeschickt wurden, sind auf zweieinhalb zusammengeschumpft. Die Verlustliste registriert den Toten 1 600 081.

Schütze Max Müller, jawohl, Herr Hauptmann! Maschinenschlosser, Berlin, Boxhagener Straße 46. Verheiratet, jawohl! Kinder — — nur eins. Poltern! Dröhnen! Die Erde zittert!

Der Soldat kann nicht anders. Er zieht seinen Kopf aus dem Loch heraus, er blickt nach oben und sieht den Tank. Er sieht ihn über sich, über seinem Kopf. Am Kreisrand des Himmelsausschnittes macht der Tank eine schwere wiegende Bewegung, schwebt einen Moment lang mit seinem Vorderteil in der Luft.

Schütze Müller hebt seine Hand leicht in Abwehr. Der auf ihn niederwiegende Bauch — der fahl angestrichene Stahlpanzer, die Doppelreihen der Nieton, die von Erde tiefenden Raupenbänder — ätzen sich in die Netzhaut seiner Augen wie in photographische Platten. Drei bis vier tons ist der Tank schwer, sechzig bis achtzig Zentner. Der menschliche Körper hält sechs Zentner Druck aus, bei sieben bleibt ihm die Luft weg, bei acht krachen die Knochen, bei achtzig ...

Die Lippen logen sich zurück. Die Zähne blecken in die Luft. Max Müller hat denselben Gesichtsausdruck wie die tote Nummer „Zwei“; er hat denselben gequälten Mund wie das gebärende Weib.

Der Tank gleitet weich in den Trichter hinunter. Zwei tote und eine lebende Nummer plättet er breit. Dann hebt er sich wieder auf ebenes Gelände hinauf und rollt in der Reihe seines Geschwaders, ratternd und schießend, weiter gegen die zurückweichende deutsche Front.

Ein Unterstand, Tragbalken, darüber ein paar Meter Erde.

Unten sitzt ein Leutnant vor einem Feldtelefon. Ein Mann kommt herunter, schlägt die Hacken zusammen und meldet: „M.-G.-Gruppen zurückgegangen, mit Gruppe Müller keine Verbindung mehr.“

Die Meldung trifft noch vor den Tanks und kurz vor den Bombenflugzeugen ein. Die telephonische Verbindung funktioniert noch. Der Leutnant nimmt den Hörer ab und gibt nach hinten an das Bataillon durch: „Vordere Stellung geräumt!“ Das Bataillon, in dem die Meldungen von allen Abteilungen des Abschnitts zusammenlaufen, telephoniert weiter nach hinten, an die Division: „Einbruch auf dem ganzen Abschnitt — — jawohl, vier Kilometer! Tankangriff auf vier Kilometer Breite!“

Der Leutnant im Unterstand hat ein graues Gesicht. Er ist dreckig, verlust und ausgehungert wie seine Soldaten. Seit Wochen liegt er in vorderster Stellung ohne Ablösung. Der Offizier im Bataillon sieht frisch rasiert aus. Er hat noch genügend zu essen, kann regelmäßig schlafen und in seinem Privatquartier gelegentlich baden. Der Ordnanzoffizier in der Division, der die Meldungen nach hinten an die Armeo weitergibt, bewohnt eine Villa mit allem Komfort — Wintergarten, Garage, Reitstall. (Fortsetzung folgt.)



# Der Büttel der Kirche.

## Nationalsozialistische Schulpolitik in Braunschweig. / Von W. Pfaff.

„Wir Nationalsozialisten besitzen ein Schulprogramm. Es liegt bei der Leitung der Partei. Wir werden es nicht veröffentlichen. Nächst den Theologen sind die Schulmeister die streitsüchtigsten Menschen. Unser Programm soll nicht dem Streit der Meinungen ausgesetzt werden.“

So ungefähr sprach der nationalsozialistische Studien-Assessor Dr. HAUPT (Hannover) in einer von der NSDAP einberufenen öffentlichen Versammlung für die Lehrer Braunschweigs. (Die anwesenden Lehrer quittierten die ihnen verabfolgte Ohrfeige durch Boifall.)

Wir in Braunschweig sind heute nicht mehr darauf angewiesen, das Schulprogramm der NS kennen zu lernen, um über die schulpolitischen Ziele der NS etwas zu erfahren. Wir können heute an schulpolitischen Taten der NS ermesen, was der Schule und der Geistesfreiheit droht, wenn das „Dritte Reich“ Wirklichkeit wird.

„... nachhaltige Pflege des deutschen Volkstums ...“

Die Reichsverfassung stellt bekanntlich im Artikel 148 den Lehrern eine Aufgabe:

„In allen Schulen ist sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung zu erstreben.“

Der ehemalige NS-Minister FRANZEN hat unter Hinweis auf diesen Artikel den Gebrauch des von der früheren sozialdemokratischen Regierung herausgegebenen Buches „Geschichtsbilder“ im Unterricht verboten und die Begründung für diese Maßnahme mit dem Satz geschlossen:

## Die NS-Regierung stützt „Rom“.

Etwa um dieselbe Zeit, als im vorigen Jahre der Erzbischof von Mainz es guthieß, daß einem gestorbenen katholischen NS-Führer das kirchliche Begräbnis verweigert wurde, führte der NS-Minister FRANZEN in der Stadt Braunschweig „für Schüler und -rinnen der höheren und mittleren Schulen“ katholischen Religionsunterricht ein, den es bis zu diesem Zeitpunkt an jenen Schulen nicht gegeben hatte; Religionsunterricht, der natürlich auf Kosten des Staates und der Gemeinden von katholischen Geistlichen erteilt werden soll.

Auch die evangelische Kirche wird befriedigt.

Seit 1919 gab es Streitigkeiten zwischen der evangelischen Kirche und der Regierung wegen der Trennung des Schulvermögens vom Pfarrvermögen (Vermögen kirchlicher Instanzen). Diese Trennung wurde notwendig, als die Leitung des Schulwesens dem Konsistorium, der höheren Kirchenbehörde des Landes, genommen und vom Ministerium selber übernommen wurde. Die Kirche, die ihre Forderungen den früheren sozialdemokratischen Regierungen gegenüber immer sehr hartnäckig vertrat und eine Unzahl von Prozessen vom Zaune brach, ist durch einen Staatsvertrag befriedigt worden.

Nach diesem Verträge sollen z. B. aus dem Vermögen der Schule Entschädigungen für Wohnungen kirchlicher Beamter gezahlt werden. Der Staat soll zu den Organistenvergütungen einen jährlichen Zuschuß im abgerundeten Betrage von 40 000 Mark an die Landeskirche zahlen. In diesem Verträge verzichtet die Kirche auf einige Ansprüche von verhältnismäßig geringer Bedeutung.

Die NS-Regierung hob unmittelbar nach ihrem Antritt den sogenannten SIEVERSschen Schülerlaß auf, der den Volksschulen des Landes Braunschweig einen simultanen Charakter verliehen hatte. In ihm war bestimmt worden, daß die Vermittlung von Lehrstoffen mit religiösem Charakter sich auf die für den Religionsunterricht angesetzten Stunden beschränken sollte. Die Aufhebung dieses Erlasses hat die Umwandlung der braunschweigischen Volksschulen — die Sammelschulen ausgenommen — in ausgesprochene Bekenntnisschulen eingeleitet, gegen die die NS früher sehr scharfe Worte fanden.

Der NS-Minister verfügte ferner, daß die für den Religionsunterricht festgesetzte Stundenzahl für alle Volksschulen mit Religionsunterricht verbindlich sei, und zwar auch dort, wo der sogenannte Gesamtunterricht (Unterricht ohne stundenplanmäßige Trennung einzelner Fächer) schon eine Rolle spiele. Offenbar will der Minister auf diese Weise verhindern, daß die „religiöse Unterweisung“ zu kurz kommt.

Für den Fall, daß sich ein Kind über vierzehn Jahren vom Religionsunterricht abmeldet, was es nach dem Gesetz selbständig tun kann, sollen die Erziehungsberechtigten durch die Schule von dem Schritt ihres Kindes in Kenntnis gesetzt werden.

Die dissidentischen Schulräte im Lande Braunschweig wurden ihres Amtes enthoben, dazu einige andere Schulräte, die der NS-Regierung aus politischen Gründen nicht genehm waren.

### Die Freidenker aber . . . .

Die Landesorganisation des Deutschen Freidenker-Verbandes, die von der früheren sozialdemokratischen Regierung zu einer Körperschaft öffentlichen Rechts gemacht worden war, beschloß im vorigen Jahre, den 1. Mai zum Weltanschauungsfeiertag zu erheben und forderte die dissidentischen Lehrer und Kinder auf, diesem Beschluß Folge zu leisten. Der damalige Minister FRANZEN jedoch verbot den Lehrern, Kinder für den 1. Mai zu beurlauben, ja, er erklärte in einer weiteren Verfügung, daß der 1. Mai trotz des Beschlusses des Freidenker-Verbandes nicht zu den staatlich anerkannten Feiertagen gehöre und daß Schulversäumnisse am 1. Mai wie unentschuldigte Schulversäumnisse zu bestrafen seien.

Den sogenannten Reformationstag der evangelischen Kirche hat die NS-Regierung zu einem staatlich anerkannten Feiertag gemacht und im vorigen Jahre die evangelischen

„Ohne die nachhaltige Pflege des deutschen Volkstums sind die in Artikel 148 Abs. 1 der Reichsverfassung geforderten Bestrebungen im Geiste der Völkerversöhnung unzulässig.“

Die Verwendung von REMARQUES Buch „Im Westen nichts Neues“ im Unterricht ist verboten worden. Das Buch mußte aus allen Schulbüchereien entfernt werden.

Der NS-Minister forderte zu „wirtschaftlicher Aufklärung im Unterricht“ auf; genauer: er forderte dazu auf, die Schüler auf den schweren Kampf der deutschen Ware auf dem Binnen- und Auslandsmarkt und auf die Wichtigkeit des Absatzes der deutschen Erzeugnisse hinzuweisen.

In den Elementarklassen sollen die Kinder nicht mehr wie bisher zuerst die lateinische Schreibschrift erlernen. Die Pflege des deutschen Volkstums erfordert anscheinend die bevorzugte Verwendung der deutschen Schrift.

Zur „Ertüchtigung der Jugend“ sind in den letzten Tagen vom NS-Minister Kurse für Kleinkaliber-Schießen eingerichtet worden, die von ehemaligen Militärs geleitet werden.

Im Schulunterricht sollen die grundlegenden Erscheinungen der Fortpflanzung und Vererbung behandelt werden, allerdings nur bei Pflanzen und niederen Tieren. Die sexuelle Aufklärung dagegen, „die die Besonderheiten der menschlichen Fortpflanzung zum Inhalt hat“, soll nicht Aufgabe der Schule sein. Sie soll den Eltern überlassen bleiben und vom Lehrer nur dann übernommen werden, wenn die Eltern sich ihrer „natürlichen Aufgabe“ nicht gewachsen zeigen. Zur Vorbereitung auf den rassekundlichen Unterricht wird unter anderem GÜNTHERS „Rassenkunde des deutschen Volkes“ wegen ihrer „gründlichen und unvoreingenommenen Darstellung“ empfohlen.

Lehrer und Schulkinder gezwungen, diesen Tag zu „feiern“. Die NS-Regierung hat weiter im Einvernehmen mit dem bischöflichen Generalvikar Hildesheim verfügt, daß zwei Festtage der katholischen Kirche — „Fronleichnam“ und „Allerheiligen“ — für katholische Lehrer und Kinder unterrichtsfrei sein sollen. Das Recht der Dissidenten aber auf ihre Feiertage wird von der NS-Regierung mißachtet. Gibt es einen besseren Beweis dafür, daß die NS die Büttel der Kirche sind?

Die in einigen Städten des Landes Braunschweig bestehenden Sammelschulen nahmen von Jahr zu Jahr einen immer größer werdenden Prozentsatz der schulpflichtigen Kinder auf, selbst unter der NS-Regierung. Diese sorgte denn auch bald für Abhilfe.

Sie verbot durch den sogenannten „Maukorberlaß“ den Schulleitern und Lehrkräften, „während und außerhalb des Dienstes jede Werbung und Beeinflussung der Eltern für den Eintritt ihres Kindes in eine bestimmte Schulart“ vorzunehmen und die Eltern zu befragen, ob das Kind am Religionsunterricht teilnehmen soll.

Der Schulabbau gab die Gelegenheit für einen neuen Schlag gegen die Sammelschulen. Fast nur dissidentische Lehrer wurden abgebaut. 19 dissidentische Hilfslehrer und 26 festangestellte Lehrer. Der im April 1931 geschlossen durchgeführte Schulstreik an den weltlichen Schulen hat damals in ganz Deutschland auf diese Tat der NS-Regierung aufmerksam gemacht. Die Entlassung der festangestellten Dissidenten wurde der NS-Regierung leicht gemacht durch eine Bestimmung im braunschweigischen Beamtengesetz, nach der die Regierung die Möglichkeit hat, Beamte und Lehrer innerhalb

## Die Taktik der NS-Regierung.

Die NS-Regierung hat in der Regel den Streit um grundsätzliche Fragen vermieden. Bei den Maßnahmen der früheren sozialdemokratischen Regierung kam es oft zu solchem Streit, der in vielen Fällen einen ihr unerwünschten Ausgang nahm, weil die Juristen z. B. die Bestimmungen der Reichsverfassung zu ungunsten der Sozialisten auslegten. Die NS-Regierung geht zur Verwirklichung ihrer Ziele den einfachen Verwaltungsweg. Sie entläßt die dissidentischen Lehrer angeblich nicht ihrer Gesinnung wegen; der „Rückgang“ der weltlichen Schulen macht für sie die Entlassung dissidentischer Lehrer notwendig. Die weltlichen Schulen werden nicht wegen ihres weltanschaulichen Charakters abgebaut; die „beschämenden Leistungen“ müssen hier den Vorwand liefern.

Wo die NS-Regierung einem Streit von grundsätzlicher Bedeutung nur schlecht ausweichen kann, sucht sie die Entscheidung möglichst weit hinauszuschieben. Die Verhandlungen über die Klagen, die widerrechtlich entlassene dissidentische Lehrer gegen die Regierung angestrengt haben, kommen nur langsam vorwärts, das Verhalten der Regierung führt hier zu einer Verschleppung. Warum sollte sich die NS-Regierung — die die Machtübernahme durch ADOLF HITLER schon in greifbarer Nähe gerückt sieht — noch in Kraft und Zeit kostende Konflikte verwickeln, die im „Dritten Reich“ spielend erledigt werden können, sofern sie dort überhaupt noch auftreten sollten.

Lüge, Verleumdung, Einschüchterung. Das sind Kennzeichen der NS-Politik in Braunschweig. Das tatsächliche Anwachsen der weltlichen Schulen erscheint in der Statistik als ein Niedergang. Ein katholischer Lehrer wird in ein Disziplinarverfahren verwickelt, weil er im Unterricht abfällige Bemerkungen über die NS gemacht haben soll. Eho die Untersuchung des Falles abgeschlossen ist, läßt die NS-Regierung durch die Telegraphen-Union berichten, daß die Schuld des Lehrers erwiesen worden sei. Ein gut ausgebautes Nachrichtensystem dient der Ueberwachung der Lehrer. Versetzungen, Pensionierungen, Degradierungen, Entlassungen von Lehrern „im Interesse des Dienstes“ sind recht häufig geworden.

Und der Erfolg dieses Vorgehens der NS-Regierung? — Die Lehrer werden vorsichtiger in ihren Äußerungen. Nie-

der ersten drei Jahre nach dem Anstellungstermin ohne Angabe von Gründen zu entlassen.

Die sozialdemokratische Regierung hatte die Entfernung dieser Bestimmung aus dem Gesetz unterlassen, obgleich sie von den Lehrerorganisationen wiederholt dazu aufgefordert worden war. Herr FRANZEN hat diese Unterlassungssünde für seine Zwecke und die der Kirche gut zu nutzen gewußt.

Die NS-Regierung hat einige der entlassenen dissidentischen Lehrer (soweit sie politisch nicht verdächtig erschienen) als Hilfslehrer wieder eingestellt. Sie hat es also in der Hand, diese Lehrer sofort auf die Straße zu setzen, wenn sie das will. Unter solchen Umständen

haben es einige Lehrer vorgezogen, in den Schoß der Kirche zurückzukehren, die diesen schon an sich unwürdigen Schritt für die Zurückkehrenden dadurch noch unwürdiger machte, daß sie von ihnen ein reumütiges Bekenntnis ihres „Fehltrittes“ verlangte.

Auch einige der festangestellten Lehrer haben in aller Stille den Wiedereintritt in die Kirche vollzogen.

Zu Ostern 1932 erfolgte der größte Schlag gegen die Sammelschulen. Herr KLAGGES verfügte, daß mit Ablauf des Schuljahres 1931 „in Braunschweig, Wolfenbüttel und Schöningen die Errichtung von Sammelklassen, sowie die Neuaufnahmen von Kindern in Sammelklassen eingestellt“ werden sollen. Als „Begründung“ seiner Maßnahme führte er das „katastrophale Prüfungsergebnis“ an, zu dem der Schulrat VOGELANG auf Grund seiner Revisionen gekommen sein will. In dem aufsehenerregenden Bericht dieses Schulrates wird den Lehrern an den Sammelschulen eine maßlose Vernachlässigung ihrer Pflichten vorgeworfen. Merkwürdig nur: es erfolgte keine Massendisziplinierung der Lehrer an den Sammelschulen. Das zeigt, wie die NS-Regierung selber den Bericht einschätzt; und wer die weltlichen Schulen Braunschweigs ein wenig kennt, weiß, wie es um dessen Wahrheitsgehalt steht und wie ekelhaft sich Herr KLAGGES benahm, als er im Berliner Sportpalast behauptete: in den weltlichen Schulen herrsche eine schwüle Geschlechtlichkeit.

Die Verfügung über den Abbau der Sammelschulen läßt die Frage der Verwendung der — vornehmlich an diesen Schulen beschäftigten — dissidentischen Lehrer völlig offen. Der Evangelische Landeselternbund, der mit KLAGGES' Maßnahme nicht einverstanden war und eine „tiefgreifende Reform“ der Sammelschulen für ausreichend ansah, hat gleich gegen „ein allmähliches Eindringen dissidentischer Lehrkräfte und Erziehungseinflüsse“ in die evangelischen Schulen Protest erhoben. Herr VOGELANG hat — angeblich ohne Anweisung der Regierung — sofort nach dem Bekanntwerden der Verfügung die dissidentischen Lehrer aus den unteren Schulklassen entfernt und durch christliche Lehrer ersetzt. Diese Feldweibelnatur, die schon mehrfach einen offenen Blick für die „realen Gegebenheiten“ bewies, hat sicher die unausgesprochenen Wünsche des NS-Ministers erkannt und unverzüglich erfüllt.

Die Unterbringung christlicher und weltlicher Klassen in einem Schulhause, wie das jetzt die Regel geworden ist, gibt neue Gelegenheiten, die weltlichen Schulen in ihrer begrenzten Bewegungsfreiheit noch weiter einzuzengen. Vor einigen Wochen berichteten christliche Eltern an den NS-Minister: das „religiöse Bewußtsein“ ihres sechsjährigen Sohnes sei dadurch erschüttert worden, daß Knaben weltlicher Klassen ihm vorgelesen haben, es gäbe keinen Gott, und wer etwas anderes sage, der lüge. Eine straffe Anweisung an die Lehrer der Sammelschulen war die Folge.

mand traut mehr dem andern. Die freie Meinungsäußerung ist fast völlig unterbunden. Aber die Lehrer werden nicht nur vorsichtiger. „Der kluge Mann baut vor“.

Mit der Sympathie für die nationale Idee beginnt es.

Bald ist auch Sympathie für die nationalsozialistische Idee vorhanden, zuerst ein wenig verschämt, allmählich aber unverhüllt. Diese Sympathie überträgt sich mit der Zeit auch auf die Träger dieser Idee, und eines Tages ist der durch Handaufheben grüßende Pg. fertig. — Angst und Duckmäuserum einerseits, Gesinnungslumperei andererseits — das ist das Ergebnis nationalsozialistischer Kulturpolitik. Kulturpolitik insofern, als diese Politik der Vernichtung aller Ansätze von Kulturarbeit dient und den Zustand völliger Barbarei vorbereitet.

Mögen die Freunde der Kultur — vor allem in der Lehrerschaft selber — das Signal erkennen, das Braunschweig ihnen zeigt und dafür sorgen, daß der nationalsozialistischen Barbarei mit allen zu Gebote stehenden Mitteln ein Ende bereitet wird.

## Lehrerschaft gegen kirchliche Einsichtnahme.

i Wittenberge, 9. Juni.

Der Kreis-Lehrerverband der Westprignitz nahm erneut Stellung zu den Bestrebungen des Evangelischen Oberkirchenrates, Einsicht in den Religionsunterricht zu nehmen. Es herrschte volle Übereinstimmung darüber, daß die Lehrerschaft diese Forderung der Kirche ablehnen müsse. Die Lehrerschaft erwartet von der Kirchenleitung, daß sie von ihrem Vorhaben absieht, damit die Lehrerschaft nicht zu dem Schritt gedrängt wird, diesen Unterricht abzulehnen.

Damit gibt also der Kreislehrerverband zu verstehen, daß er entschlossen ist, im Falle der Einführung der kirchlichen Einsichtnahme den Religionsunterricht niederzulegen — ein sehr begrüßenswerter Beschluß.

# Bekam Hitler Geld von Schneider-Creuzot?

Ein Wutanfall für 1000 Mark.

In einem Münchener Meineidsprozeß, über den wir nach Abschluß im Zusammenhang berichten werden, kam es zu bemerkenswerten Zwischenfällen, als am Donnerstag HITLER als Zeuge vernommen wurde.

Als die Verteidiger des Angeklagten ABEL, EHRHARDT und ROSENFELD, HITLER fragten, ob es richtig sei, daß die HITLER-Bewegung Gelder von der französischen Rüstungsindustrie, den SKODA-Werken und dem SCHNEIDER-CREUZOT-Konzert, bezogen hätte, fuhr HITLER in höchster Erregung auf und schrie den Verteidigern zu: „Ich lasse mich nicht beleidigen. Was fällt Ihnen ein? Ich kann es vor den Millionen meiner Anhänger nicht verantworten, mich hier insultieren zu lassen. Ich gebe diesen jüdischen Rechtsanwälten keine Antwort mehr.“ Der Vorsitzende ermahnte HITLER zur Ruhe und machte ihn darauf aufmerksam, daß er die vom Gericht zugelassenen Fragen der Rechtsanwälte beantworten müsse. HITLER betonte nochmals, daß es für ihn und seine gesamte Bewegung unerträglich sei, in dieser Weise insultiert zu werden. Alle diese Dinge, die ihm hier vorgehalten würden, seien von A bis Z erlogen. Auch wiederholte Versuche des Vorsitzenden, HITLER zu bewegen, den Anwälten Antwort zu geben, blieben erfolglos.

Das Gericht unterbrach die Sitzung und verkündete nach einer Beratung, daß HITLER wegen Zeugnisverweigerung zu einer Ordnungsstrafe von 800 M (bzw. 16 Tagen Haft) und wegen Ungebühr vor Gericht (Anschreien der Verteidiger: „jüdische Rechtsanwälte“) zu einer Ordnungsstrafe von 200 M (bzw. drei Tagen Haft) verurteilt werde.

HITLER und GOEBBELS sind unbestritten die führenden Hysteriker ihrer Bewegung. Es scheint unmöglich zu sein,

daß sie vor einem Gericht oder parlamentarischen Untersuchungsausschuß erscheinen, ohne die Gelegenheit zu einem aufsehenerregenden Wutanfall zu benutzen.

Bemerkenswert ist an diesem Anfall, daß SCHNEIDER-CREUZOT die Stelle ist, wo HITLERS Nerven sterblich sind. Rechtsanwalt ROSENFELD legte mit Recht Wert auf die öffentliche Feststellung, daß

HITLER durch sein Verhalten die Ermittlung der Wahrheit in diesem Punkte unmöglich mache.

Man kann daraus schließen, daß HITLER daran interessiert ist, die Wahrheit über seine finanziellen Beziehungen zur französischen Rüstungsindustrie zu verbergen.

## Drei Antworten über Herrn Regierungsrat Hitler

erteilte der Vorsitzende des braunschweigischen Staatsministeriums, KÜCHENTHAL, auf eine kleine Anfrage des Landtagsabgeordneten THIELEMANN (SPD). KÜCHENTHAL teilt mit, daß

1. der Regierungsrat ADOLF HITLER sich noch im braunschweigischen Staatsdienst befinde; daß
2. kein Disziplinarverfahren gegen ihn eröffnet werde und daß
3. der Dienstauftrag des Regierungsrates ADOLF HITLER so geartet sei, daß er ihn neben seiner politischen Tätigkeit wahrnehmen könne.

Nun kann THIELEMANN die nächste kleine Anfrage stellen, nämlich: was es eigentlich für eine Funktion ist, die HITLER neben seiner politischen Tätigkeit „wahrnimmt“.

## Streikabstimmung bei den Kohlenarbeitern.

F. B. Die Berliner Kohlenarbeiter stehen vor dem Streik. Der Schiedsspruch vom 1. Juni, nach welchem die Löhne von 1,03 M auf 0,93 M herabgesetzt werden sollen, ist von den Unternehmern angenommen worden und am Donnerstag ist bereits allen Arbeitern das Arbeitsverhältnis gekündigt worden. Weiterbeschäftigung ist nur zu den Lohnsätzen des Schiedsspruches und darüber hinaus noch verschlechterten Arbeitsbedingungen in Aussicht gestellt. So wollen die Kohlenhändler den durch den Schiedsspruch gekürzten Zuschuß zum Krankenlohn überhaupt nicht mehr zahlen.

Die Branchenversammlung beschloß am Donnerstag in geheimer Abstimmung mit großer Mehrheit die Ablehnung des Schiedsspruches. Die Streikabstimmung soll am Freitag und Sonnabend in allen Betrieben durchgeführt werden. Die Abstimmungsergebnisse müssen bis Montag vormittag der Ortsverwaltung des Gesamtverbandes übermittelt sein, damit die Branchenleitung noch am gleichen Tage die notwendigen Beschlüsse fassen kann.

Die Organisation fordert alle Kohlenarbeiter auf, die von den Unternehmern vorgelegten Reverse nur unter Vorbehalt zu unterschreiben.

## Generalstreik in Nordspanien.

In der spanischen Provinz Galicien ist ein Generalstreik ausgebrochen, der von einer Stadt im Norden der Provinz ausging und sich in fast allen größeren Städten durchsetzte. In einzelnen Städten kam es zu Zusammenstößen der Streikenden mit der Polizei. Besonderen Nachdruck erhält der Streik der Landarbeiter eines ländlichen Bezirkes, da die Landwirte vor wichtigen Erntearbeiten stehen.

## Sozialisierungsmaßnahmen in Chile.

Die neue chilenische Regierung hat sich den ersten gegenrevolutionären Angriffen, die zu Unruhen im Süden des Landes und zu einer Meuterei an Bord eines chilenischen Schiffes geführt haben, gewachsen gezeigt. Die Ruhe im Lande ist wiederhergestellt.

Der bisherige Präsident MONTERO verläßt das Land. Die neue Regierung hat ihre Sozialisierungsmaßnahmen damit begonnen, daß sie die Zentralbank übernommen und ihren Namen in „Staatsbank“ geändert hat. Die Reorganisation der Bank ist so geregelt, daß der Dreierausschuß das Recht hat, alle in Privatbesitz befindlichen Aktien der Zentralbank zu beschlagnahmen und die Besitzer mit Regierungen zu entschädigen. Auf diese Weise sichert sich die Regierung die für den sozialistischen Aufbau notwendige Kontrolle über das Bankwesen. Nach amerikanischen Meldungen sind sämtliche Banken in Chile aufgefordert, ihre ausländischen Devisen zum gesetzlichen Kurs abzuliefern.

Eine weitere Verordnung beschränkt die Auszahlungen, die Sparkassen von den bei ihnen hinterlegten Guthaben machen dürfen.

Die Nazis hatten kein Glück mit einem Versuch, den braunschweigischen Landtag aufzulösen, um ihn am 31. Juli neu zu wählen; der Antrag fiel mit 15 gegen 15 Stimmen bei 6 Enthaltungen durch. Zur Annahme wäre Zweidrittelmehrheit nötig gewesen.

Wie von der Bündischen Reichschaft mitgeteilt wird, ist die vom Kreis X der Deutschen Studentenschaft, der Bündischen Reichschaft und dem Sudetendeutschen Heimatbund für den 28. Juni im Berliner Lustgarten geplante Kundgebung gegen Versailles und für die deutsche Grenzkampfaufgabe im Osten vom Berliner Polizeipräsidenten untersagt worden.

## „Porgy“

der packende Neger-Roman von DU BOSE-HÉYWARD, mit dem wir unsere Leser bekanntgemacht haben, ist in Buchform erschienen, in der Serie „Romane der Welt“, im Verlag Th. KNAUR Nachf. und kostet 2,85 Mark.

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

**Braunschweig:** Dienstag, 14. Juni, 20.15 Uhr, im Handelshof, Lessingplatz 5. Thema: Der Feind steht rechts. Wie schlagen wir ihn?

**Hamburg-Barmbeck:** Sonnabend, den 11. Juni, 20.15 Uhr, im Lokal THOMSEN, Beim alten Schützenhof 4. Thema: Proletarier aller Parteien verständigt euch! Schafft die proletarische Einheitsfront!

**Zwickau:** Die gestern hier angekündigte Versammlung ist um eine Woche verschoben worden. Näheres darüber folgt in einigen Tagen.

Freie Aussprache! Eintritt freil!

## Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

- Sonntag, den 12. Juni.  
Königsberg:  
18.30 Ausschnitt aus der Kundgebung katholischer Arbeitervereine Ermlands.  
19.00 Ministerialrat WAGNER: Aufbau eines zivilen Luftschutzes (vergl. dazu: „Der chemische Krieg“, in 115, vom 19. Mai.).  
Moskau (Wellenlänge 1304 und 1481 m):  
20.00 Jugendstoßbrigade über ihre Arbeit.  
Montag, den 13. Juni.  
Berlin:  
22.15 Südafrikas Kampf um den Goldstandard. (Auch Frankfurt).  
Breslau:  
22.35 ALFRED MATZKE: Die Arbeiter-Sportbewegung in den einzelnen Ländern.  
Moskau (Wellenlänge 1304 und 1481 m):  
20.00 Moskauer Park für Kultur und Erholung.

## BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name ..... Ort .....  
Straße und Hausnummer .....

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdrucker u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

# ISK

7. JAHRGANG 6. HEFT JUNI 1932

## INHALT:

WILLI EICHLER:

### Das Ende der Demokratie.

LEONARD NELSON:

### Massenverachtung und Achtung der Masse.

FRITZ GROB:

### Die Entscheidungsstunde der Gewerkschaften.

Zum Nachdenken:

Um ein paar Rackpfeifen. Glänzende Pressearbeit der englischen katholischen Glaubensgesellschaft. Neue Anreize zum Tiermord. Die Angleichung der Löhne.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes. Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe.

Internationale Verlagsanstalt, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

## MAGDEBURG

„Ihr Apfelsaft schmeckt ausgezeichnet, senden Sie bitte 50 Flaschen.“

So schrieb wieder ein Kunde. Wir haben viele anerkennende Urteile. Machen auch Sie einen Versuch!

Apfelsaft, edel und würzig, 10 Flaschen nur 5,40 Mark. Per Bahn ab hier ausschließlich Flaschen. **Friskost-Reformhaus Magdeburg, O.-v.-Guericke-Str. 104.**

## BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

**A. H. TIMMERMANN**

Hamburg, Barockstraße 8.

Telefon: 25 52 42

Bereits 80 Mark genügen!

Und Sie erhalten einen hochwertigen Maßanzug.

aus erstklassigem Stoff, mit bestem Futter, in sorgfältiger Maßarbeit.

Preisänderungen nach oben und auch nach unten, je nach Stoffqualität. Machen Sie bitte einen Versuch!

**R. Schönheit, MAGDEBURG, Otto von Guerickestr. 104, H. v. F.**

## BERLIN

## KAMERA

Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987.

Festspiele des Films:

Juni: 9.-10. Fritz Lang: **Der müde Tod.** Kulturfilm: „Gläserne Wundertiere“.

11.-13. Zwei Russenfilme: **Dowschenko Erde, Das Lied vom alten Markt.**

Anfangszeiten: 15, 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funke“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

## Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

steht schnell, sauber und billig her

**Oscar Wettig, Gelnhausen**

## Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat für moderne Literatur. Kataloge und Auskunft gratis!

Soeben erschien in neuer Ausstattung:

## Philosophen für und wider die Revolution.

Von **HELLMUTH FALKENFELD.** 72 Seiten. Kartoniert 0,60 M.

Inhalt:

- I. Die Philosophen der französischen Revolution.
- II. Immanuel Kant.
- III. Johann Gottlieb Fichte.
- IV. Jakob Friedrich Fries.
- V. Hegel.
- VI. Marx.
- VII. Stirner.
- VIII. Tolstoj.
- IX. Nietzsche.
- X. Popper-Lynkeus.
- XI. Leonard Nelson.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a



## Ein Minister verrät seine „Einstellung“.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Verfassung sind nicht starre Idole, sondern lebendige Wesen und der Entwicklung unterworfen. Wir werden auch an diese Aufgabe mit Ernst und Eifer herangehen. Zweierlei aber muß ich in diesem Zusammenhang besonders betonen: Das Gerüde von einer geplanten Aenderung der Verfassung in der Richtung der Wiederaufrichtung der Monarchie ist ein trüchtes und darum schädliches Geschwätz. Ich würde mir erbärmlich vorkommen, wenn ich auf dem Ministersessel versetzen würde, meine persönliche, nicht nur angeborene und anerzogene, sondern in langen Jahren auch selbsterworbene Überzeugung zu verleugnen.

daß ich die Monarchie für die angemessenste Staatsform für ein Volk, inmitten des Herzens von Europa, halte und daß ich, geschichtlich gesehen, mir der Verdienste des bisherigen Königs- und Kaiserhauses um das deutsche Volk stets dankbar bewußt bin.

Ich bin aber der Überzeugung, daß in diesen Zeiten des Kampfes um Sein oder Nichtsein die Frage der Staatsform, Republik oder Monarchie, keine Frage ist, die unsere Zeit, geschweige denn die gegenwärtige Reichsregierung zu lösen haben. (Aber ist es nötig, daß gerade Monarchisten republikanische Verfassungsminister werden?) ... Höher als die Form steht der Staat der Deutschen, den zu retten unsere einzige Pflicht ist. Zum Zweiten ein Wort über die angebliche reaktionäre Einstellung des Kabinetts und meiner Person. Wir müssen die nun einmal in der Öffentlichkeit erfolgte Abstempelung als Reaktionäre

mit Würde und einem gewissen Humor

tragen, bis das deutsche Volk einmal erkennt, wie falsch diese Kennzeichnung gewesen ist. (Mit Humor! Gewiß. Auch mit Würde! Versteht sich. Vielleicht aber doch auch mit etwas Selbstkritik. Ein Gescheiter verriet uns schon: Vom Erhabenen zum Lächerlichen ist nur ein Schritt.) Wir sind keine Vertreter einseitiger Standes- oder Berufsinteressen, sondern Reichsminister, deren Sorge und Liebe jedem einzelnen Volksgenossen gehört. (Das ist aber bisher ganz im Trubel der Ereignisse untergegangen.) Zu den tiefsten und schönsten Erlebnissen meines Lebens gehören die Zeiten, in denen ich im Kriege monatelang mit deutschen Männern aller Klassen und Berufe den Unterstand teilte, und die Tage der Volksabstimmung in Allenstein, in denen ich Führer eines in sich über alle sonstigen Schranken hinweg einig Volk zu sein das große Glück hatte. Wenn ich je eine Binde vor den Augen getragen habe, so ist sie in jenen Zeiten gefallen, in denen ich das hohe Erleben hatte, daß der Heimat ärmster Sohn auch ihr treuester war, ohne Rücksicht auf seine politische oder berufliche Einstellung.

(Dieses „Erleben“ war so stark, daß Herr von GAYL von der „Einstellung“ gar nicht wieder wekommt. Früher besorgte die Einstellung der Bezirksfeldwebel, und zwar geschah dies mit Rekruten, die in „gereinigtem Körperzustand“ vor dem Ko-Doktor „zu erscheinen hatten“, wie der stieselige Kommunistenpreußischer Art andordnete. Jetzt haben viele Leute ihre Gedanken und alles mögliche „auf etwas eingestellt“ — geborene Korporäle!)

Wir müssen dabei in den Kauf nehmen, daß manche Maßnahme zunächst wenig vorkommlich sein und mißverstanden werden wird. Das kann uns nicht hindern, unsere Pflicht zu tun. Wir tun sie aber, getragen von heißer Liebe zu allen Volksgenossen, mögen sie diese Liebe erwidern oder nicht. Gleichmäßige Gerechtigkeit gegenüber allen politischen Strömungen, die sich bei ihrer Betätigung im Rahmen der Verfassung und der Gesetze halten, ist unsere vornehmste Aufgabe. (Deshalb darf HITLER im Rundfunk reden und die KPD nicht.)

Auch an die Erhaltung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens unserer schwer getroffenen Grenzgebiete im Osten, Westen, Norden und Süden werde ich mit Eifer arbeiten, wie ich es bisher für meine engere Heimat getan habe, in dem Bewußtsein, daß die Erhaltung unserer Grenzgebiete eine Lebensnotwendigkeit für die Nation ist, die nur erfüllt werden kann, wenn die Sache dieser Gebiete Sache des ganzen deutschen Volkes ist und bleibt.

In diesem Zusammenhang ein kurzes Wort über die für die Grenzländer, insbesondere den Osten, so wichtige Siedlungsfrage.

Ich habe in 24 Jahren in meiner Heimat an der Neuschaffung von rund 300 Dörfern und 150 000 ha Fläche an leitender Stelle mitgearbeitet und bin oft öffentlich als Vorkämpfer der ländlichen Siedlung hervorgetreten. Ich wäre nie in ein Kabinett eingetreten, von dem ich nicht die Überzeugung hätte, daß es sich dieser so wichtigen, nationalen und sozialen Aufgabe nicht (!?) mit dem notwendigen Eifer und der Großzügigkeit widmen will, wie das notwendig ist. Ueber diese Dinge wird sich am Sonnabend im Deutschen Landwirtschaftsrat der

## Die SA auf dem Kriegspfad.

Während Herr von PAPAN bemüht ist, mit den Mitteln der Intrige den jetzigen Inhabern der Preußenregierung die Verfügung über die preußische Polizei zu entwenden, während die Räte des Herrn von GAYL über die Formalisierung tüfteln, in der eine Aufhebung des SA-Verbots auch für seinen Unterzeichner, HINDENBURG, erträglich ist, während die Mitglieder des Rechtsausschusses des preußischen Landtages darüber verhandeln, wer von der politischen Amnestie ausgenommen und wer in sie einbegriffen werden soll, wird überall im Reich die SA munter.

Vor einigen Tagen fand in Hannover-Kleefeld eine nationalsozialistische Terrorspektation statt, über die ein sozialdemokratischer Bericht folgendes mitteilt:

Etwa um 1/2 Uhr morgens wurden die Bewohner der Berckhusenstraße durch einen gewaltigen Spektakel geweckt. Einige „Reichsbanner“-kameraden warfen sich sofort die notwendigsten Kleidungsstücke über und eilten auf die Straße. Hier beobachteten sie, wie etwa hundert Nazis versuchten, das Haus Berckhusenstraße 57 zu stürmen. Auto auf Auto fuhr heran und brachte immer noch Verstärkung. Aber ehe es gelang, die Tür aufzubrechen, kam auch schon der Wagen des Ueberfallkommandos angestaut. ... Kaum hatten sich die Krakeeler entfernt, da ertönte schon wieder Geschrei, und um eine Straßenecke kamen in vollem Galopp wieder neue Horden. Diese waren

von dem alten Rittergut Ebell gekommen, welches den Nazis als Kaserne dient,

und hatten es auf das Verkehrslokal der „Eisernen Front“ abgesehen. Kommandorufe ertönten: „SA ran! Stürmt die Berckhusenschenke!“ ...

Schon vor 1/2 Uhr nachts stolochten die Nazis in großen Horden in der Nähe der Berckhusenstraße herum. Ein kleines Hanomag-Auto (Nr. 36 443) spielte den Kundschafter. Ueberall in der Nachbarschaft lagen große Haufen SA-Leute im Hinterhalt. Provokateure wurden in die Berckhusenstraße geschickt, um Konflikte zu schaffen. Es bot sich aber keine Möglichkeit dazu, da die Kleefelder Bevölkerung längst ausruhte. ... Also ging man aufs Ganze und versuchte einen soliden Landfriedensbruch und Einbruch in das Haus Nr. 57, in das sich angeblich ein junger Mann geflüchtet haben sollte. Von allen Seiten strömte das braune Gesindel aus den Schlupfwinkeln hervor, geführt von einem feisten SA-Führer in dem Hanomag. Dieser manövrierte seinen Wagen immer so, daß die angegriffenen Teile des Hauses im Scheinwerferlicht lagen, und trieb seine Horden immer von neuem an, die Haustür zu erbrechen. In der linken Parterrehaltung wurden die Fenster eingeschlagen, und mit Nachschlüsseln versuchte man, das Haus zu öffnen. Wieder andere Angreifer versuchten über Mauer und Hof den Rückeingang des Hauses zu erbrechen. In der Zwischenzeit fuhr der Führer mit dem Hanomag zurück und holte Verstärkung. Ebenfalls wurden

fortgesetzt Verstärkungen an der Ecke Spilckerstraße von Taxi-Autos ausgeladen.

Auto- und Radfahrpatrouillen fuhren derweil die Gegend ab, um das Herannahen der Polizei zu melden. Der Führer trieb immer erneut den Mob gegen das Haus. Man hörte Rufe: „Nicht so laut, die Polizei darf uns nicht hören!“ „SA ran!“ „Seid ihr verrückt, auf die eigene Partei zu schießen!“

In Magdeburg verbreiteten die Nazis am Donnerstag das Gerücht, das SA-Verbot sei aufgehoben. Daraufhin zeigten sich den ganzen Tag über in voller Uniform SA-Trupps, die

zuständige Herr Reichsernährungsminister ausführlich äußern Ich betone hier nur, daß eine gesunde, lebensfähige Stellen schaffende Siedlung eines der wichtigsten Glieder der Kette von Maßnahmen ist, die für den deutschen Osten getroffen werden müssen. Auch hier geht das Staatsinteresse allem anderen vor. (Darauf lachen die Ostelbier von einem Ohr bis zum anderen!)

Ich bekenne mich bei meinem Amtsantritt als Innenminister, der die Gesetzgebung auf dem Gebiete des Beamtenrechtes zu bearbeiten hat, in voller Übereinstimmung mit dem Herrn Reichskanzler und dem ganzen Kabinett zum

Berufsbeamtentum, das zu erhalten und zu pflegen unsere Pflicht

ist. Wir setzen dabei voraus, daß das Beamtentum sich der hohen Aufgabe stets bewußt ist, Diener der Allgemeinheit zu sein. ... Wichtig und notwendig scheint mir auf dem

Linksstehende auf der Straße anrennen. Dies ging schon am Morgen los. Erst in den Abendstunden ging die Polizei durch Verhaftungen gegen das Treiben vor.

Am ausgesprochensten zeigte sich der Charakter der „Strafexpedition“ nach italienischem Muster in Frankfurt-Oder, der Stadt also, in der im Sommer FRICK seine bekannte öffentliche Rede hielt, in der er ankündigte, daß bei Machtübernahme der NS einige Tausend marxistischer Funktionäre „durch den Volkszorn zu Schaden kommen“ würden.

Die HUGENBERG-Presse sucht die Ausschreitungen, die in Frankfurt-Oder in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag vorkamen — nach tagelangem kleinerem Straßengeplänkel der NS —, als Schlägereien darzustellen, an denen NS und Kommunisten in gleicher Weise beteiligt gewesen seien. Daß das ein grober Schwindel ist, zeigt zum Beispiel folgender Bericht aus der Berliner „Morgenpost“, dem Blatt des unpolitischen Bürgers:

„Kurze Zeit darauf versammelten sich etwa 150 Nationalsozialisten in der Oderstraße.

Sie eröffneten auf das Gewerkschaftshaus ein Steinbombardement

und zerstörten innerhalb weniger Minuten sämtliche Butzenscheiben des Erdgeschosses und zahlreiche Scheiben des Obergeschosses. Das Gewerkschaftshaus, das wegen seiner Architektur unter Denkmalschutz gestellt ist, hat großen Schaden erlitten. Bevor die Polizei anrückte, waren die Demonstranten geflüchtet. Als später ein Rädelführer verhaftet werden sollte, gingen die Nationalsozialisten gegen die Beamten vor. Ein Beamter wurde mit Stöcken niedergeschlagen und schwer verletzt. Bei den Auseinandersetzungen wurden von den Demonstranten wiederholt Schüsse abgegeben.

Von amtlicher Seite wird die Einsetzung staatlicher Polizei gefordert,

da die kommunale Polizei offenbar nicht stark genug ist, um solche Ausschreitungen schnell und energisch unterdrücken zu können.“

So gewinnen also die Herren von GAYL und SCHLEICHER den Vorwand zur Verhängung des Belagerungszustandes.

Aus dem Ruhrgebiet erhalten wir folgenden Brief: „Auffallend ist, wie sich im Straßenbild die Zahl der Hakenkreuz-Träger rapide vermehrt. Es liegt etwas in der Luft, was an Pogromstimmung gemahnt. Ob ich das als Jüdin besonders empfinde, kann dahingestellt bleiben. Ich fuhr gestern mit zwei „Schwarzhemden“ zusammen im Zuge. Ich habe noch nie im Leben solche Mörder-Physiognomien gesehen: kalt und brutal. Sie nahmen von mir ostentativ Notiz. Da aber das Abteil mit anderen Reisenden besetzt war, kam es zu keinem Zwischenfall. Nachdem ich den Bahnhof verlassen hatte, folgten sie mir, ich verlor sie dann aber aus den Augen.

Ich habe gestern mit einem Gewerkschaftskollegen gesprochen. Was tun die Freien Gewerkschaften? Sind sie irgendwie gerüstet, bereiten sie sich irgendwie auf Konflikte vor? Der Kollege wußte nichts. Nur soviel meinte er zu wissen: sie würden sich nicht kampfflos von den Faschisten niederschlagen lassen.“

Ein Berliner „Funk“-Verkäufer erzählt: „SA wird munter. Früher kamen am Tag fünf und sagten: Lange steht ihr hier nicht mehr! Heute sagt es jeder dritte.“

Gebiet des gesamten kulturellen Lebens unseres Volkes, insbesondere auch im Rundfunk- und Lichtspielwesen, die Betonung und Pflege deutschen Geistes und die Ausmerzung aller undeutschen, fremden Einflüsse, die zeitweilig weite Kreise des deutschen Volkes befremdet haben. (Deshalb muß jetzt der „böhmische Wenzel“ HITLER im Rundfunk reden.)

Jedes Volk muß heute das Streben haben, in Verständigung mit allen Staaten und Völkern den Fortschritt und die Befriedigung der gesamten Menschheit zu fördern. Aber so wie das Leben des deutschen Volkes wurzeln auch die Weltgeltung des deutschen Volkes und seine Stellung zu den andern Völkern in seinem eigenen, seinem Blut und Geist angemessenen Leben. Die Erkenntnis dieser Notwendigkeit und der Wille zu einem eigenen deutschen Leben wachsen heute ständig in unserm Volk. Aufgabe der Reichsregierung und in ihr des Innenministers, ist es, diesem Willen gerecht zu werden und die machtvolle, nationale Bewegung der Gegenwart als ein Staat und Volk erhaltende Kraft zu werten und zu benutzen. (In diesem Sinne also: „Deutschland, Deutschland über alles!“)

Weil wir, durchdrungen von dem Gefühl der Verantwortung vor unserem Gott und unserem Volk, diesen Glauben (an eine höhere Gerechtigkeit) in uns fühlen, haben wir uns in schwerster Stunde bereiterklärt, das Steuer in die Hand zu nehmen und unter Einsatz unserer besten Kraft zu führen. Die Geschichte wird lehren, ob wir Recht getan haben oder nicht. ...“

Die Geschichte lehrt leider immer wenig! Und zwar deswegen, weil die Historiker im allgemeinen von den Geschichtemachern bezahlt werden. So kommt es, daß die Hohenzollern noch immer längst nicht gebührend von „der Geschichte“ erledigt sind, daß die Millionenfressenden Parasiten noch immer eine Rolle spielen können in einem Lande, das sie an den Ruin haben bringen helfen.

Und die Geschichte der neueren Zeit! Die Wahrheit zu verbreiten über Rüstungen, gilt als „Landesverrat“, über Kirchen, gilt als „Gotteslästerung“, über Regierungen, gilt unter Umständen als Beschimpfung von Männern in öffentlichen Ämtern.

Das lehrt die Geschichte — unabhängig von Geschichtspfeffern! Und sie lehrt weiter, daß das Bewegende dieser Geschichte der Klassenkampf ist, als dessen Vertreter auf der einen Seite heute Herr von GAYL, auftritt, der deshalb am 31. Juli parlamentarisch und dessen Klasse so bald wie möglich erledigt werden muß, wenn jemals Recht, Freiheit und Kultur, die Ideale des Sozialismus, in der Gesellschaft herrschen sollen.

## Wo ist der Hauptfeind?

Die deutschnationale Fraktion des Preußischen Landtages hat dort folgenden Antrag eingebracht:

„Die neue Notverordnung der noch die Geschäfte führenden preußischen Regierung bringt mit ihren Bestimmungen über die Aenderung der Hauszinssteuer-Verordnung, die Einführung der Schlachtsteuer und die Gehaltskürzung für Beamte und Angestellte, neue untragbare Lasten. Der Landtag wolle, daher beschließen: Die Notverordnung wird aufgehoben.“

Die kommunistische Fraktion fordert dasselbe. Es handelt sich wohl in beiden Fällen lediglich um Wahllegitimationsanträge, besonders bei den Deutschnationalen, die sich um die Belastung der Angestellten und Beamten, insbesondere durch die Lebensmittelzölle noch keine Gedanken gemacht haben, sondern lustig jeder Verteuerung der Lebenshaltung dieser Bevölkerungsgruppen zugestimmt haben.

Wir haben bereits gestern betont, daß wir die Notverordnung der preußischen Regierung gewiß nicht für ein Muster an Gerechtigkeit halten — die gesamten Taten der Regierung BRAUN-SEVERING waren alles andere. Das ist selbstverständlich kein Grund, jetzt den Herren PAPAN und seinen Kollegen die wenn auch nur weit herangeholte formale Berechtigung zu schaffen, Preußen reichskommisarisarisch verwalten zu lassen, was offenbar die Hauptabsicht der neuen Leute ist. Gegen diese Absicht sich zu wehren, ist nicht etwa deshalb wichtig, damit die preußischen Verwaltungsstellen von SPD-Bonzen besetzt bleiben können — diesen Herren wäre eine Ablösung von den Pfründen sicher

zu gönnen. Es kommt aber darauf an, sie loszuwerden, ohne an ihre Stelle ebensolche, wahrscheinlich sogar noch schlimmere hinzubekommen — denn der Idealismus der ostelbischen Junker ist bisher noch nicht oft hervorgetreten. Die preußische Verwaltung aber in linkere Hände zu legen als sie jetzt liegen, dazu gehört zunächst ein vernichtender Schlag gegen den neuesten Schützling HINDENBURG. Daß dieser Mann so kurze Zeit nach dem Kriege nicht längst das Schicksals Herrn KAPPS teilt, d. h. durch einen Generalstreik weggefegt worden zu sein, wird erklärt- und zwar hinreichend erklärt, nur durch die Zerrissenheit der Arbeiterschaft. Die KPD hat noch immer nicht begriffen, daß man den Hauptstoß seines Kampfes eindeutig und klar nur in einer Richtung führen darf: man kann nicht Herrn von PAPAN und OTTO BRAUN zum Hauptfeind ernennen. Solcher Blödsinn führt nicht zum politischen Kampf, sondern zur Clownerie.

Gerade jetzt, auf dem Höhepunkt der politischen Spannung, ist es nötig, die einigenden Gesichtspunkte des proletarischen Kampfes zu betonen und nicht die trennenden. Jetzt ist es nötig, bei aller Abgrenzung gegen sozialdemokratischen parlamentarischen Kretinismus zusammen mit der Sozialdemokratie den Wahlkampf gegen die PAPAN-Regierung einzuleiten, um, wenn der unmittelbare wirkende Griff der Reaktion abgewehrt worden ist, auf neuer Grundlage den Kampf um die weitergehende Einigung der Arbeiterschaft aufzunehmen. Dann wird auch Zeit sein, die Abrechnung mit BRAUN-SEVERING und anderen Reformisten in die Wege zu leiten.

# Ohne Abbau des Staatsapparates kein Aufbau der Wirtschaft!

## Behörden-Wirrwarr bei Osthilfe und Siedlung.

Kurzgefaßte Anleitung zur Beschaffung von Arbeit für Beamte sowie zur Verhinderung der Siedlung.

### Behördenapparat I (Osthilfe).

Die Osthilfe-Aktion ist so verwickelt und undurchsichtig wie möglich aufgebaut worden. Es wurde ein besonderer Behördenapparat geschaffen, an dessen Spitze früher — als das Reich und Preußen gemeinsam beteiligt waren, gemeinsam handelten, wäre schon zu viel gesagt! — die Oststelle bei der Reichskanzlei stand.

Als mittlere Instanz wurden auf Grund der Notverordnung vom 26. Juli 1930 die „Landstellen“ gemeinsam vom Reich und Preußen errichtet. Im November 1931 ist Preußen wegen seiner finanziellen Schwierigkeiten ausgeschieden, und das Reich bekam so die neue Sonderverwaltung der Osthilfe allein in die Hand.

Seitdem steht an der Spitze der Reichskommissar für die Osthilfe, der im Kabinett BRÜNING zugleich Reichsminister ohne Portfeuille war. Ihm unterstehen als mittlere Instanz acht Landstellen: für jede preußische Provinz des Ostens besteht eine solche Reichsbehörde. Als untere Instanz arbeiten in Preußen die Landräte, in Sachsen und Anhalt die entsprechenden Regierungsbeamten, in Mecklenburg jedoch die Finanzämter. (Man hat offenbar nur staatlich ernannte Leiter unterer Verwaltungsbehörden zur Durchführung der Osthilfe für tauglich gehalten; in Mecklenburg-Schwerin ist der Amtshauptmann ein gewählter Kommunalbeamter, deshalb hat man dort als untere Instanz die Finanzämter benutzt.)

Als Kreditanstalten, von denen die zur Abfindung von Gläubigern der zu entschuldenden Betriebe bestimmten Schuldverschreibungen ausgegeben, verzinst und getilgt werden sollen, hat man zwei Banken herangeholt, deren ursprüngliche Aufgabe ganz oder teilweise erfüllt war und die infolgedessen auf dem Aussterbeort standen: die deutsche Rentenbank, mit deren Hilfe die Inflationsperiode zum Abschluß gebracht wurde, und die zur Erfüllung des DAWES-Planes gegründete Bank für Industrie-Obligationen. Zu Gunsten dieser beiden Institute besteht auch heute noch eine Zwangsbelastung der landwirtschaftlichen und industriellen Betriebe in Deutschland; sie dient jetzt als Sicherheit für die neu ausgegebenen Schuldverschreibungen.

Dieser komplizierte, mit inneren Reibungsflächen im Ueberfluß ausgestattete Behördenapparat hätte nun eigentlich eng zusammenarbeiten müssen mit dem anderen Apparat, der angeblich zur Förderung der Siedlung aufgebaut ist, zum Teil jedoch zu ihrer Verhinderung sich ebenso leicht verwenden ließ. Ein sachliches Zusammenarbeiten wäre notwendig gewesen; denn daß bei der Osthilfe Land für Siedlung frei werden würde, war von vornherein klar.

### Behördenapparat II (Siedlung).

In Preußen liegt die Aufsicht über das Siedlungsverfahren bei den Landeskulturbehörden, die Durchführung bei den gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften oder bei privaten Siedlungsvereinigungen, die Finanzierung teils bei der Deutschen Siedlungsbank (für Zwischenkredite), teils bei der Preussischen Landesrentenbank (für Dauerkredite).

Dieses ganze Gebäude wird dadurch nicht leistungsfähiger, daß es ausgerechnet in einer Zeit, in der es zur Arbeit besonders stark gebraucht würde, umgebaut wird! Preußen hat zum Ausgleich seines Haushalts für 1932 Reichshilfe nötig und sie nur zugesagt erhalten gegen Abtretung seiner Anteile an den gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften und den genannten Banken. Es zieht sich daher zur Zeit aus diesen Organisationen zurück. — Der preussische Staat ist an der Siedlung in Preußen noch durch die Landeskulturbehörden beteiligt. Diese Sonderbehörden sollen jedoch auf Grund der preussischen Sparnotverordnung vom 23. Dezember 1931 aufgehoben werden; man weiß aber heute noch nicht, ob ihre Geschäfte von den Bezirksregierungen oder Oberpräsidien

übernommen werden sollen! Die örtlichen Instanzen, die Kulturämter, bekommen im Zusammenhang mit der Auflösung der Landeskulturbehörden mehr Aufgaben zugeteilt. Preußen hat außerdem in Ausführung einer Reichsverordnung einen Staatskommissar für die landwirtschaftliche Siedlung bestellt. — Kurz: Man verfährt ähnlich, als wenn man ausgerechnet zur Hauptreisezeit alle Lokomotiven und Bahnhöfe umbauen wollte.

### Apparat I gegen Apparat II in drei Instanzen.

Um das Zusammenarbeiten der verschiedenen Behörden auch auf die Dauer gesehen möglichst zu erschweren, ist dem Umbau folgendes Ziel gesteckt worden:

In der mittleren Instanz hat das Reich eine Sonderbehörde für die Osthilfe: die Landesstellen. Preußen will seine Sonderbehörde für die Siedlung in der mittleren Instanz (die Landeskulturämter) auflösen und in die allgemeine Verwaltung übernehmen.

In der unteren Instanz wird die Osthilfe, also eine Reichsangelegenheit, von den unteren allgemeinen preussischen Verwaltungsbehörden (den Landräten) durchgeführt. Gerade für die untere Instanz zur Förderung der Siedlung hat Preußen aber Sonderbehörden (die Kulturämter).

Dr. HAUSSLEITER, dessen Ausführungen über den Behördenaufbau in der „Kölnischen Zeitung“ wir hier in den Hauptpunkten gefolgt sind, schreibt über die Reibungsmöglichkeiten in den oberen Instanzen abschließend folgendes: „Leider wird der unten und in der Mitte fehlende Zusammenhang zwischen Osthilfe und Siedlung auch nicht durch straffe Zusammenfassung der Befugnisse in der Zentralstelle wettgemacht. Im Reich sind nicht weniger als drei Zentralbehörden beteiligt: das Reichsarbeitsministerium, das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft und der Reichskommissar für die Osthilfe mit seinem besonderen Behördenstab. Dazu tritt das Nebeneinanderarbeiten mit der preussischen Verwaltung, bei der wenigstens alle Fäden der Landwirtschaftshilfe und Siedlung an einer Stelle (im Landwirtschaftsministerium) zusammenlaufen.“

Vorschläge zur Vermehrung der Reibungsflächen empfehlen wir, unmittelbar in der Reichskanzlei, Berlin W 8, Wilhelmstraße 78, einzureichen. Wir vermuten, daß die Einreicher vorgemerkt werden für die Verleihung von Roten Adlerorden 3ter Klasse. Rpt.

### Milch ist, wenn man — — —

Verordnungen machen den Lesern mitunter nicht klüger, aber es gibt doch manche Gesetze, die uns auf einmal über Dinge klar sehen lassen, die dem Laien sonst ein Buch mit sieben Siegeln sind. Das beweist auf das deutlichste das „Reichsgesetzblatt“. In seiner Nr. 19 des Jahrgangs 1931 wird das Milchgesetz veröffentlicht, dessen § 1 lautet:

„Milch ist das durch regelmäßiges, vollständiges Abmelken des Euters gewonnene und gründlich durchgemischte Gemelk von einer oder mehreren Kühen aus einer oder mehreren Melkzeiten, dem nichts zugefügt und nichts entzogen ist.“

Nun wissen wir es endlich! Aber brauchen wir nicht auch noch eine Verordnung, die uns sagt, was eine Kuh ist und woraus sie entsteht? Denn wer weiß das? — Aufklärung des Volkes tut not! —

Wir empfehlen den definiertlustigen Beamten, es einmal mit der Definition zu versuchen: Beamter ist man, wenn man — — —

## 250 000 Schmuggler an der deutschen Westgrenze.

Während an anderen Stellen der Wirtschaft die Beamten eine Gefahr für die Wirtschaftspolitik sind — so in bezug auf die Durchführung der Siedlung —, ist die Handelspolitik immer mehr eine Gefahr für Beamte geworden. Zollbeamter im Außendienst zu sein, ist ein nicht nur anstrengender, sondern auch lebensgefährlicher Beruf geworden. Das Heer der Schmuggler wächst von Tag zu Tag. In einem Schmugglerprozeß wurde es kürzlich von sachverständiger Seite auf mindestens 250 000 Personen geschätzt. Darunter sind Kinder und andere „Kleinschmuggler“, die den Beamten nicht gefährlich werden, aber auch modern bewaffnete, mit Panzerautos ausgerüstete Schmugglerbanden.

Wir entnehmen der „Frankfurter Zeitung“ die folgenden Angaben über den Zustand, den die deutsche Außenhandelspolitik im Westen geschaffen hat. Wir betonen: Es handelt sich um

die natürlichen Folgen einer übersteigerten Schutzzollpolitik.

Diese Folgen kann man nur beseitigen durch Beseitigung der Ursache!

Im Bezirk des Hauptzollamts Aachen wurden 1931 beschlagnahmt: 700 Zentner Kaffee, über 14 Millionen Zigaretten, 70 Zentner Tabak, 650 Zentner Getreide, 450 Zentner Mehl; von Januar bis April 1932: 450 Zentner Kaffee, 2 Millionen Zigaretten, 400 Zentner Getreide, 300 Zentner Mehl. — 1931 wurden 15 000, im ersten Vierteljahr 1932 7500 Strafsachen bearbeitet.

In den Bezirken der Landesfinanzämter Düsseldorf und Köln wurden 1931 beschlagnahmt: 1750 Zentner Kaffee, 23 Millionen Zigaretten, 1020 Zentner Tabak, 8920 Zentner Getreide, 2560 Zentner Mehl. — Die Zahl der aufgegriffenen Schmuggler betrug 45 817. Es wurden Geldstrafen im Betrage von fast 80 Millionen Mark verhängt, von denen im Düsseldorfer Bezirk aber nur 80 000 Mark eingegangen sind.

Dabei kommt nur ein Bruchteil der Schmuggelfälle vor den Gerichten und durch Beschlagnahme der Waren zur Erledigung.

Warum der Schmuggel ein immer einträglicherer Beruf wird, zeigt die Vergleichung der Preise der folgenden Waren vor der Verzollung mit den deutschen Inlandspreisen (in Mark):

	unverzollt	verzollt
250 Gramm Kaffee . . . . .	0,75	1,50
20 belgische oder holländische Zigaretten . . . . .	0,50	9,40
50 Gramm Tabak . . . . .	0,40	15,20
1 Zentner Weizenmehl . . . . .	8,00	30,00
1 Zentner Weizen . . . . .	6,50	19,50

Neben dem gewerbsmäßigen Schmuggel breitet sich der Kleinschmuggel von Lebensmitteln bei der Grenzbevölkerung immer mehr aus, namentlich soweit sie erwerbslos ist. Kinder gehen in Scharen zum „Grenzverkauf“. Daß Bäcker und Kaufleute in den deutschen Grenzorten ihre Kundschaft verlieren, ist leicht zu verstehen, wenn man hört:

- 1 Kilo Brot kostet in Belgien 18 Pfennig, in Deutschland 42 Pfennig.
- 1 Pfund Mehl kostet in Belgien 10 Pfennig, in Deutschland 22 bis 28 Pfennig.
- 1 Pfund Zucker kostet in Belgien 15 Pfennig, in Deutschland 35 bis 40 Pfennig.

Aus dem aufschlußreichen Bericht der „Frankfurter Zeitung“ entnehmen wir wörtlich:

„Es entbehrt nicht eines ironischen Beigeschmacks, daß gerade auch Bayern, derentwillen (angeblich! Red. des „Funkens“) die überhöhen Zölle den Verbrauchern aufgepackt worden sind, in den Grenzgebieten großangelegten Weizen-schmuggel betreiben. Der Zollfahndung wurde in einem Ort der Aachener Grenzgegend im vorigen Jahr erzählt, daß eine ganze Reihe von Landwirten Weizen anbaue, obwohl der Boden hierfür wenig geeignet erschien. In einem Bauernhof wies man denn auch den Schmuggel von rund 100 Zentner Weizen nach. Mit dem Ruf eines außerordentlich ertragreichen Weizenanbaues in dieser Gegend war es damit vorbei.“ H. H.

## 23 Behörden durch Wohnungsbau „beschäftigt“.

„Das Gelingen (von billigem Wohnungsbau) hängt wesentlich ab von der Einsicht der weiteren Stellen (abgesehen von der Reichsregierung). Von direkt entscheidender Bedeutung sind die Erleichterungen auf baupolizeilichem und steuerlichem Gebiet. Gerade hier sind Lockerungen unbedingt erforderlich. Man erstickt allzu oft den Willen zum Siedeln, wenn der einzelne Siedler zu viel Stellen anzugehen hat, um zum Ziele zu gelangen, und mancher Wille erlahmt allein schon aus Unkenntnis des Instanzenzuges. Der heutige Instanzenweg für Bauvorhaben ist mehr als abbaureif. Wenn heute bei einem Bauvorhaben sämtliche Behörden mitwirken müssen, so ist dieser Kreuzweg zum eigenen Heim zum Beispiel in Berlin dieser: Das Baupolizeiamt des Bezirkes, die Zentrale der Baupolizei, das Vermessungsamt, die Straßenbaupolizei, das Tiefbauamt, das Hochbauamt, der Sachverständigenbeirat, die Bezirksamtsitzung, das Städtebauamt, die Straßenbaupolizei, das Tiefbauamt, das Hochbauamt, der große Sachverständigenbeirat, das Brandschutzamt, die Magistratsitzung, die Abteilung I Bauwesen, die Abteilung II, die Theaterpolizei, die Verkehrsabteilung, das Gewerbeaufsichtsamt, der Dezernent für Bauwesen, der Dezernent für Fluchtwesen, der Oberpräsident. — Also nicht mehr und nicht weniger als 23 verschiedene Stellen sind zu passieren.“ (Dr. WAGENBACH: „Volk und Boden“, Seite 98.)

## Je weniger Wohnungen, umso mehr Beamte beschäftigt.

Zu normalen Zeiten ist es selbstverständlich, daß Häuser gebaut werden, auch daß gelegentlich 15 Doppelhäuser für 30 Familien neben einander gebaut werden. In unserer anormalen Zeit wird dieses große Ereignis, das an der Dreytzer Chaussee bei Potsdam vor sich geht, von den Presse-Agenturen gemeldet. Man höre also: In drei Monaten werden sämtliche Häuser fertig werden! Man höre ferner: Sie wurden am 7. Juni von einem Vertreter des Reichskommissars für Siedlungswesen im Beisein der staatlichen und städtischen Baudezernenten besichtigt.

Da diese Herren ja nicht chronamtlich arbeiten, dürfte auch die Umkehrung unserer Ueberschrift gelten: Je mehr Beamte, umso weniger Wohnungen.

## Schleicher als Wirtschaftspolitiker.

Der Reichswehrminister hat einen Erlaß herausgegeben, in dem es heißt: „Von den in letzter Zeit geprägten Vierpfennig-Stücken lagern infolge mangelhafter Nachfrage große Bestände bei den Reichsbankanstalten, obwohl von vielen Seiten über das Nichtvorhandensein dieser Stücke gemeldet gerührt worden.“ (Wer Klafft! Red.) Um die Vierpfennig-Stücke dem Zahlungsverkehr zuzuführen, werden die Kassen angewiesen, Soldaten, Beamten, Angestellten und Arbeitern bei den jeweils wiederkehrenden Gehältern und Löhnen Zahlungen im Werte von zwei Mark in Vierpfennig-Stücken aus-zuzahlen.“

BRÜNINGS harmloser Versuch, dem deutschen Volk durch Ausprägung von Vierpfennig-Stücken Sparsamkeit beizubringen, wird von seinem Nachfolger in der Macht mit der Plumpheit fortgeführt, mit der Generäle das Wirtschaftsleben zu behandeln pflegen. Dieser Eingriff der Generäle in die Wirtschaft ist noch harmlos. Das dabei angewandte Verfahren zeigt aber doch deutlich, welche neuen Möglichkeiten sich hier eröffnen, das Wirtschaftsleben noch nachhaltiger als bisher zu Grunde zu richten.

Vielleicht ruft SCHLEICHER einmal alle Wirtschaftsführer zusammen: Alles mal herhören! Still-standen! Krise beseitigen! Weggetreten!

## Unwirksamer Staatseingriff. Aus Einheitspreisen werden Kleinpreise.

Durch die deutsche Notverordnung vom März dieses Jahres wurde eine Sperre für die Errichtung neuer Einheitspreis-Geschäfte in Städten unter 100 000 Einwohnern verhängt.

Daraufhin begannen die Einheitspreis-Geschäfte zu erklären, daß sie überhaupt keine Einheitspreis-Unternehmen seien. Für solche Unternehmen sei charakteristisch, daß sie fast ausschließlich Artikelserien zu 25 oder 50 Pfennig verkaufen. Sie dagegen verkauften Gegenstände zu 6, 8, 10, 12, 15, 20, 22, 25 bis zu 50 Pfennig. Die Firma Woolworth hat angeblich auch alle auf Einheitspreise bezüglichen Firmenschilder entfernt. Unter der Bezeichnung „Kleinpreis“ sollen in kleineren und mittleren Städten neue Läden eröffnet werden. Für diese Art des Geschäftes sind sogar neue Kapitalgesellschaften in der Bildung begriffen.

Der Reichswirtschaftsrat ist, wie man hört, nicht gewillt, diese Umgehung der Sperre durch eine Ausdehnung der Sperrvorschriften zu beantworten. Er sieht ganz richtig, daß sonst die Einengung der Gewerbefreiheit so leicht keine Grenzen mehr finden würde. H. Lm.

## SOWJET-UNION

Stand der Aussaat: In der mit dem 25. Mai abschließenden 5-Tage-Woche wurden 10 Millionen Hektar angebaut, etwas mehr als im Vorjahr, wo in dem entsprechenden Zeitabschnitt 9,5 Millionen Hektar angebaut wurden. Zum 25. Mai waren 64,8 Millionen Hektar angebaut (63,3 Prozent des Plans); der Rückstand hinter dem Vorjahr beträgt noch 1,6 Millionen Hektar.

Die Ukraine im Rückstand: In der Ukraine waren am 25. Mai 4 Millionen Hektar weniger angebaut als im Vorjahr. Es fragt sich sehr, ob das wettgemacht werden kann, zum Beispiel dadurch, daß in Westsibirien 2,3 Millionen Hektar mehr angebaut waren; denn der Hektarertrag in der Ukraine ebenso in dem Zentralen Schwarzerde-Gebiet, aus dem auch Rückstände gemeldet worden, ist größer.